

Übersicht Referenden 2021

2021 abgestimmte fakultative Referenden

Ge-schäft	Bundesbeschluss / Bundesge-setz	Schlussabstimmung Parlament	Trägerschaft	Zustande-kommen	Unterschriften	Abstimmung (Resultat)
18.049	Bundesgesetz über elektroni-sche Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGID)	27.9.2019	Komitee	12.02.2020	64'933	07.03.2021 (abgelehnt)
19.036	Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsab-kommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien	20.12.2019	Uniterre	01.07.2020 ^{a)}	61'184	07.03.2021 (angenommen)
20.058	Bundesgesetz über die gesetzli-chen Grundlagen für Verordnun-gen des Bundesrates zur Bewäl-tigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	25.9.2020	Freunde der Verfassung	02.03.2021	90'789 ^{b)}	13.06.2021 (angenommen)
17.071	Bundesgesetz über die Vermin-derung von Treibhausgasemissi-onen (CO2-Gesetz)	25.9.2020	Wirtschafts- und SVP-Kreise / Kli-mastreikbe-wegung Westschweiz	02.03.2021	72'622 ^{b)}	13.06.2021 (abgelehnt)

19.032	Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)	25.9.2020	JGLP, JUSO, Junge GP, Piraten, CCC, unterstützt von SP / GP	02.03.2021	76'926 ^{b)}	13.06.2021 (angenommen)
13.468	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Ehe für alle)	18.12.2020	Komitees mit SVP-, EDU-, Mitte- und EVP- Politiker:innen	26.04.21	61'027 ^{b)}	26.09.2021 (angenommen)
21.016	Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz; 2. Revision)	19.03.2021	«Freunde der Verfassung», «Netzwerk Impfentscheid», «Aktionsbündnis Urkantone»; JSVP	16.08.21	74'469 ^{b)}	28.11.2021 (angenommen)

a) Fristenstillstand ab 21. März 2020 (offizielle Referendumsfrist: 9.4.2020).

b) Entsprechend Beschluss des Bundesrats, im Rahmen der Covid-19-Pandemie Unterschriftensammlung zu erleichtern, inklusive zuerst nicht beglaubigter eingereichter Unterschriften (für Details vgl. Übersicht Referenden 2020).

2021 vom Parlament beschlossene Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die dem fakultativen Referendum unterstellt sind

Session	Anzahl	Dagegen ergriffene Referenden	In Prozent	Dagegen ergriffene Referenden	In Prozent
		Zustande gekommen		Nicht zustande gekommen	
Frühjahr	18	1	5.6%	0	-
Sommer	12	2	16.7%	0	-
Herbst	22	3	13.6%	0	-
Winter	16	2	12.5%	0	-
Total 2021	68	8	11.8%	0	-

Im Jahr 2021 verabschiedete das Parlament zudem 6 dringliche Bundesgesetze; gegen keines wurde ein Referendum angestrengt

2020 vom Parlament beschlossene Erlasse, gegen die ein fakultatives Referendum angestrebt wurde

Ge-schäft	Bundesbeschluss / Bundesge-setz	Schlussabstim-mung	Trägerschaft	Zustandekom-men / Ablauf Sammelfrist	Grund für Nicht-Zustandekommen	Unterschriften
21.016	Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz; 2. Revision)	19.03.2021	«Freunde der Verfassung», «Netzwerk Impfentscheid», «Aktionsbündnis Uri-kantone»; JSVP	16.08.21	-	74'469 ^{a)}
09.503	Bundesgesetz über die Stempel-abgaben (StG)	18.06.2021	SP, GP, Ge-werkschaften	17.11.2021	-	57'529 ^{b)}
20.038	Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien	18.06.2021	Verleger; SVP-, FDP- und Mitte-Politiker:innen	17.11.2021	-	64'443 ^{c)}
20.090	Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Gewebe n und Zellen (Transplantationsgesetz)	01.10.2021	Komitee	14.03.2022	-	55'357 ^{d)}

20.030	Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG)	01.10.2021	JFDP, JSVP, JGLP	14.03.2022	-	51'972 ^{e)}
20.064	Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache	01.10.2021	Flüchtlingsorganisatoren; SP, GP	14.03.2022	-	54'377 ^{f)}
19.050	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenensicherung (AHVG) (AHV 21)	17.12.2021	Linke Parteien, Frauenverbände, Gewerkschaften	27.04.2022	-	53'209 ^{g)}
21.024	Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer	17.12.2021	SP, GP, Gewerkschaften	27.04.2022	-	59'954 ^{h)}

Quelle: Bundeskanzlei (https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vr/vor_2_2_6_1_2021.html)

a) Insgesamt wurden 187'239 Unterschriften eingereicht; davon 5'401 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 75'526 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 69'935 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 75'336 Unterschriften (inkl. 5'401 beglaubigten Unterschriften) sind 74'469 gültig.

b) Insgesamt wurden 71'316 Unterschriften eingereicht; davon 17'556 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 44'773 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 40'230 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 57'786 Unterschriften (inkl. 17'556 beglaubigten Unterschriften) sind 57'529 gültig.

c) Insgesamt wurden 109'948 Unterschriften eingereicht; davon 4'980 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftensammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 65'406 ohne Stimmrechtsbescheinigung

einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 60'649 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 65'629 Unterschriften (inkl. 4'980 beglaubigten Unterschriften) sind 64'443 gültig.

d) Insgesamt wurden 70'230 Unterschriften eingereicht; davon 19'743 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftenammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 37'812 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 35'871 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 55'614 Unterschriften (inkl. 19'743 beglaubigten Unterschriften) sind 55'357 gültig.

e) Insgesamt wurden 69'797 Unterschriften eingereicht; davon 301 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftenammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 60'282 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 51'822 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 52'183 Unterschriften (inkl. 301 beglaubigten Unterschriften) sind 51'972 gültig.

f) Insgesamt wurden 58'360 Unterschriften eingereicht; davon 18'624 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftenammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat 39'736 ohne Stimmrechtsbescheinigung einreichte Unterschriften an die zuständigen Amtsstellen versandt. Nach Überprüfung der Angaben haben die Amtsstellen für 35'482 Unterschriften das Stimmrecht bescheinigt; von den insgesamt 54'456 Unterschriften (inkl. 18'624 beglaubigten Unterschriften) sind 54'377 gültig.

g) Insgesamt wurden 124'337 Unterschriften eingereicht; davon 53'791 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftenammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat die bescheinigten 53'791 Unterschriften für die Feststellung des Zustandekommens berücksichtigt. Davon waren 53'209 gültig.

h) Insgesamt wurden 66'478 Unterschriften eingereicht; davon 60'210 mit Stimmrechtsbescheinigung (entsprechend Beschluss im Rahmen von Covid Unterschriftenammlung zu erleichtern und auch nicht beglaubigte Unterschriften zuzulassen). Die Bundeskanzlei hat die bescheinigten 60'210 Unterschriften für die Feststellung des Zustandekommens berücksichtigt. Davon waren 59'954 gültig.